



His Master's Noise

Warum verpassen wir Linken systematisch den Start? Warum lassen uns die andern links liegen? Warum merken wir nicht, dass es mit der Immigration wirklich Probleme gibt? Warum lancieren wir unsere Lösungen erst, wenn der Gegner seine Millionen längst in Plakate verwandelt hat?

Es wäre hilfreich, in den Spiegel zu gucken. Wir Linken sind nicht mehr

## Der Schlaf der Selbstgerechten

die Alten. Nicht mehr der Maurer, der endlich mehr Lohn will, mehr Ferien und bessere Büetz. Wir sind der Maurer, der mehr Lohn hat, mehr Ferien und ein Haus oben-drein. Und weil er Angst kriegt vor den vielen Ostdeutschen auf der Baustelle, die den Lohnausweis partout nicht zeigen wollen, rennt er davon. Da stehen wir nun, wir Akademiker, wir Beamten, allein vor dem Spiegel und stellen ernüchert fest, dass wir nicht mehr die treibende Kraft der Gesellschaft sind, sondern nur noch die Bewahrer unseres Besitzstandes.

Die Wahrnehmung ist verklärt. Der sechste Sinn für die Fallgruben verkümmert. Fallgrube Frühfranzösisch: Aus Primarlehrern machen wir schwups Sprachlehrer, aus Franzbüchern machen wir ruckzuck Computerprogramme, doch o weh: Mit zwei Fremdsprachen sind zu viele ABC-Schützen überfordert. 40 Berner Millionen in den Sand gesetzt? Hätten wir etwa doch den Maurer aus Anatolien befragen sollen, der noch nicht mal ein Haus hat?

Warum winken wir die Reformen durch, ohne sie zu hinterfragen? Vielleicht, weil sie von unseren Freunden ausgetüftelt wurden? Von Freddy, dem Sonderpädagogen, der jetzt Lehrmittel schreibt? Vom freundlichen Professoren auf der Etage? Warum singen wir in den Sessionen die Schnulze vom Bildungsabbau, wo die Kosten doch immer noch steigen? Warum schliessen wir Klassen und Schulen und bauen unterdessen Büros für die Freunde? Warum liefern wir dem Gegner dauernd das Futter für seine Kampagnen? Ich denke, wer die Schule wirklich in die Zukunft führen will, der braucht dreierlei Dinge: Einen Spiegel, einen Wecker – und eine Strategie. *Andreas Aebi*

*Die europäische Menschenrechtskommission im Visier*

# Über Udenkbares abstimmen?

Eigentlich ganz sympathisch, das Bild mit dem lachenden Toni Brunner auf der Startseite der Homepage der SVP Schweiz und dazu zweifellos passend, in grossen Lettern, der Leitbegriff: «Zusammen für die Schweiz». Doch mit wem zusammen? Und für welche Schweiz, für welche Schweizerinnen und Schweizer?

### Der weise Führer

Der von seinem Herrschaftssitz hoch über dem Zürichsee seine Weisungen erteilende Führer ist zwar älter geworden, noch immer ist er aber unentwegt aktiv. Als Pfarrerssohn ist das Wort sein Schwert, und so verkündet er seine Botschaft in Grosswangen und auf dem Rütli, in Krauchthal oder im Wägital und wo auch immer. Aber eigentlich ist sie uns hinlänglich bekannt: Er rühmt den Sonderfall Schweiz und die Weisheit des Volkes bei seinen Entscheiden an der Urne. Andererseits beschimpft er National- und Ständeräte als Mitglieder einer Parlamentsdiktatur, macht den Bundesrat lächerlich, wirft ihnen vor, die Schweiz heimlich in die intellektuelle Fehlkonstruktion namens EU zu führen, beklagt sich, dass sie nach erfolgreichen Initiativen Abstimmungsentscheide nicht, nur verzögert und zu sehr abgeändert umsetzen, oder er schimpft darüber, dass internationales Recht über dem schweizerischen stehe. Dem soll nun endgültig der Riegel geschoben werden. Letztthin wurde die Öffentlichkeit ins Bild gesetzt, dass seine Bewegung eine Initiative in Gang setze, mit der, sollte sie angenommen werden, Landesrecht in jedem Fall über Völkerrecht stehe.

### Sein Problem mit der europäischen Menschenrechtskonvention

Im Herbst 2010 stimmte eine Mehrheit mit einem Anteil von 52,9% der Ausschaffungsinitiative der SVP zu und lehnte einen Gegenvorschlag ab. Dass wichtige Teile des Initiativtextes gegen geltende Bestimmungen unserer Bundesverfassung und der europäischen Menschenrechtskonvention verstiessen, war bekannt. Die griffige Umsetzung in ein Gesetz erweist sich nun wie erwartet als sehr schwierig. Zudem hat das Bundesgericht in mindestens einem Fall auf die Widersprüchlichkeit des geänderten Artikels 121 der Bundesverfassung hingewiesen. Der Fall des 25 Jahre alten Mazedoniers, der bei seiner Familie im Kanton Thurgau lebt, sei hier erwähnt: Er wurde wegen eines leichten Drogenvergehens zu einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt und von der massgebenden Behörde seines Wohnkantons des Landes verwiesen. In einem Revisionsverfahren kam das Bundesgericht im Februar 2013 zum Schluss, die Wegweisung sei unverhältnismässig (Artikel 5 der Bundesverfassung) und verstosse gegen den Grundsatz «Auf Achtung des Familienrechts» der Menschenrechtskonvention, welcher die Schweiz vor 40 Jahren beigetreten war. Der Mazedonier durfte bleiben, und Exponenten der SVP äusserten sich empört über ein Urteil, in dem fremde Richter, gemeint ist der europäische Gerichtshof als Überwacher der Konvention, über dem Volksentscheid stehen würden. Der schweizerische Staat funktioniert als Ver-

ständigungsdemokratie. Damit ist er bis jetzt gut gefahren. Um tief greifende Änderungen anzustreben, müssen politische Kräfte über ihre Grenzen hinweg Koalitionen beschaffen und müssen bereit sein, nach Kompromissen zu suchen. Sonst droht das Referendum. Initiativen hatten noch bis vor wenigen Jahren einen schweren Stand. Das alles hat sich mit dem konservativen Aufbruch in unserem Land geändert. Mit der SVP ist eine Kraft am Werk, die in Asyl- und Ausländerfragen mittels Initiativen auch radikale Inhalte durchzubringen vermag. Höhepunkt dieser Radikalisierung ist der 9. Februar 2014 mit dem Volks-Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, mit der ein politisches Erdbeben ausgelöst wurde, das die Grundpfeiler der wichtigen Beziehungen zur Europäischen Union, die so genannten Bilateralen, zu erschüttern oder, wer weiss, vielleicht sogar zu zerstören vermag. Nun droht mit der Landesinitiative ein weiterer frontaler und kompromissloser Angriff auf ein Fundament des bisherigen gesellschaftlichen Konsenses. Gemeint sind die Menschenrechte. Der weiter oben erwähnte Artikel 5 der Bundesverfassung schreibt ebenfalls vor, dass „Bund und Kantone das Völkerrecht beachten“. Die Ratifizierung der europäischen Menschenrechtskonvention war darum ein logischer Schritt. Und jetzt steht im Fall eines Erfolgs der Initiative deren Kündigung in Aussicht. Das ist für alle, die eine offene und tolerante Schweiz wünschen, sich als Teil der internationalen Gesellschaft fühlen, gegen Diskriminierung Andersdenkender sind oder für die humanitäres Handeln nicht nur eine Tradition ist, sondern ihr Denken und Handeln auch in Bezug auf Ausländer begleitet, undenkbar.

Wie weiter? Der spitzbübisch lachende Toni Brunner beruhigt die Öffentlichkeit. Man könne doch nicht für fremde Richter sein und gegen einen Volksentscheid handeln. Beflügelt durch diese vereinfachende Darstellung werden die Delegierten, auch aus der SVP Hochburg Emmental, am Parteitag vom 25. Oktober der Landesinitiative zu einem eindrücklichen Durchbruch verhelfen. Dabei wissen alle, was sie tun. Und wir, das Volk, werden dann später über das Udenkbare abzustimmen haben. Zusammen für die Schweiz.

*Martin Jäggi*

## ABSTIMMUNG VOM 28. SEPT. 2014

### Abstimmungsparolen

#### Bund

Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» **JA**

Initiative «Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes»

**NEIN**

Kanton und Gemeinde: Keine Vorlagen